



Abfahrt Schafer

Nach 16 Jahren im Stadtrat verabschiedet sich der SP-Mann **Peter Schafer** aus der Oltner Politik. Ein ehrliches und unversöhnliches Gespräch zum Schluss über verpasste Chancen, den Weltwoche-Artikel und den Sand im Oltner Polit-Getriebe.

Text von **Franziska Monnerat**
Fotos von **Cyrl Müller**

Peter Schafer, 16 Jahre lang waren Sie Stadtrat von Olten und es hiess, Sie wollten weitermachen. Wieso ist nun wirklich Schluss?

Schlussendlich musste ich einsehen, dass es ohne Unterstützung der Parteispitze nicht geht. Hätte ich wild kandidiert, hätte ich mich masslos selbst überschätzt. Das macht man in der FDP, aber nicht in der SP (lacht). In meinen Augen wäre es durchaus möglich gewesen, dass die SP im Stadtrat drei Sitze gewinnt. 16 Jahre sind eine lange Zeit, aber ich habe fast keine Fehler gemacht. Es war nicht gerechtfertigt, dass man mich so «abserviert».

Warum, denken Sie, hat die Parteispitze es doch getan?

Der Parteispitze fehlte ganz offensichtlich der Weitblick.

Sie sagen, dass Sie während den vier Amtszeiten «fast keine Fehler» gemacht haben. Welche Fehler gestehen Sie ein?

Bekanntlich hat das Thema Olten SüdWest hohe Wellen geschlagen. Im Nachhinein wäre es wohl

besser gewesen, die Frage eines möglichen Landkaufes mindestens in einer Kommission behandeln zu lassen.

Mit Marion Rauber wurde nun eine Frau in den Stadtrat gewählt, die frischen Wind bringen soll. Kann eine einzelne Person, die zu einem eingespielten Team stösst, überhaupt etwas verändern?

Eine neue Person hat neue Ideen, sieht ihre Aufgabe mit anderen Augen; jeder neuen Person fehlt aber der Rückhalt, das Gedächtnis. Marion hat eine schnelle Auffassungsgabe und wird diese Aufgabe meistern. Die Amtsübergabe lief super. Wir haben uns drei oder sogar vier Mal zusammengesetzt. Ich habe ihr wichtige Dokumente übergeben, die ich für sie zur Seite gelegt hatte und habe ihr alles erklärt.

Wie war das Politisieren im Oltner Stadtrat am Anfang, als Sie 2001 als Neuling begannen? Und: Wie haben Sie sich seither entwickelt?

Als Neuling nahm ich an, was Alteingesessene behaupteten, entspreche der Wahrheit. Je vehementer jemand auftrat, desto mehr Glauben schenkte ich ihm. Irgendwann dachte ich mir:

Das habe ich aber nicht so gehört. Zweifel kamen auf, und ich begann, Fragen zu stellen. Indem ich mich mehr mit der Materie auseinandersetzte, die Unterlagen noch sorgfältiger las, lernte ich, zu deuten, was zwischen den Zeilen steht. Während der ersten vier Jahre habe ich viel zugehört. Danach begann ich, mitzureden. Während der letzten acht Jahre habe ich mitbestimmt.

Die meisten Geschäfte der Sozialdirektion betreffen Personalangelegenheiten. Anhand eines kantonalen Verteilschlüssels wird jährlich neu berechnet, wie viele Ressourcen eingesetzt werden können. Je mehr Fälle es hat, desto mehr Stellenprozente gibt es. Warum sorgten diese Vorlagen trotzdem immer wieder für Diskussionen?

Wie man diesem System gegenüber steht, ist eine Glaubensfrage. Im Kanton Solothurn haben wir ein sehr gerechtes Sozialgesetz. Es spielt keine Rolle, wo jemand, der Sozialhilfe bezieht, lebt. Jeder Einwohner zahlt gleich viel an die Sozialhilfekosten. Die Kosten werden also – anders als in anderen Kantonen – solidarisch geteilt. Trotzdem haben immer noch einige Parlamentarier das Gefühl, Olten müsse alleine dafür aufkom-



men, wenn jemand unterstützt wird. Das stimmt nicht. In Olten gibt es aufgrund ganz verschiedener Rahmenbedingungen überproportional viele Sozialfälle. Aber die Aussengemeinden tragen die Hälfte der Kosten, welche diese verursachen. Sie bezahlen also für Olten mit. Immer wieder habe ich auf diesen Sachverhalt hingewiesen, hundert Mal habe ich den Verteilschlüssel erklärt – trotzdem hielten einige Parlamentarier an ihren Zweifeln fest. Offenbar will es einfach nicht in gewisse bürgerliche Köpfe, dass wir ein soziales Problem haben. Es gibt nun mal Menschen, die nicht mehr für sich selbst sorgen können und darum auf fremde Hilfe angewiesen sind. In einer solchen Situation reicht ein Sozialarbeiter, der nebenbei noch 200 andere Fälle betreut, nicht aus. Im Stadtrat hat sich die Opposition gegen Personalvorlagen irgendwann gelegt, im Parlament hingegen blieb sie bestehen.

Hat es Sie nie gereizt, eine andere Direktion zu übernehmen?

Doch, die Baudirektion wäre meine erste Wahl gewesen. Weil ich selbst Handwerker bin, wäre es mir sicher gelungen, mich in die Lage der Mitarbeitenden des Werkhofs zu versetzen. Ich hätte die Menschen, die tagtäglich Knochenarbeit leisten, gut verstanden. Als Sozialdirektor konnte ich mich jedoch für die Schwächsten einsetzen, diejenigen schützen und unterstützen, die

«Während der ersten vier Jahre habe ich viel zugehört. Danach begann ich, mitzureden. Während der letzten acht Jahre habe ich mitbestimmt.»

sich nicht mehr selber zu helfen wissen. Damit tat ich das, wofür der Staat meiner Meinung nach da ist. Für das Herz eines Sozialdemokraten gibt es wohl nichts Schöneres, auch wenn in der Sozialdirektion keine Lorbeeren zu holen sind.

Warum nicht?

Die Sozialregionen sind gegründet, die Bedingungen festgelegt. Pro 100 Fälle gibt es 125 Stellenprozent. Im Prinzip könnte der Kanton die bestehenden Strukturen übernehmen, das käme genau gleich teuer.

Die Sozialregion vergibt auch Aufträge an private Firmen und Stiftungen. Vor zwei Jahren berichtete die Weltwoche über den «Solothurner Sozialfilz», der davon profitiere. Was ging damals in Ihnen vor, als Sie die Schlagzeilen lasen?

Anfänglich vermutete ich, dass die SVP hinter der Berichterstattung steckt. Nachdem sich meine Wut gelegt hatte, fiel mir etwas auf, das mich stutzig machte. Welche Organisation am meisten Geld erhält, steht nirgends. Die Oltner Sozialfirma Arkadis wird mit jährlich über einer Million Franken unterstützt, aber mit keinem Wort erwähnt. In deren Stiftungsrat sitzt jemand aus dem Gemeindeparlament, und ich vermute, dass diese Person den Artikel in die Wege geleitet hat. Der ganze Stiftungsrat der Arkadis ist in bürgerlicher Hand, was im Sozialbereich selten vorkommt. Wer könnte uns also Angst machen wollen, damit er selber keine haben muss?

Haben Sie die erwähnten Personen und Parteien mit Ihrem Verdacht konfrontiert?

Ja, zuerst sprach ich das SVP-Gemeindeparla-



mentsmitglied Matthias Borner darauf an. Des- sen Interpellation zur Kostenentwicklung der Sozialregion wird im Artikel erwähnt. Er stritt ab, konnte aber glaubhaft begründen, warum er nichts damit zu tun habe. Für mich ist klar, dass der Rädelsführer in der FDP zu finden ist. Als ich die verdächtige Person in der nächsten Parlamentssitzung fragte: «Und? Erscheint bald wieder ein Artikel in der Weltwoche?», reagierte er ganz überrascht, so, als ob er sich ertappt fühlen würde.

Was lässt Sie so sicher sein, dass jemand aus der Oltner Politik die Weltwoche einspannte?

Die Behauptungen treffen auf sämtliche Sozialen Dienste der Schweiz zu. Dass konkret Olten herausgepickt wurde, lässt eben den Schluss zu, dass jemand aus der Oltner Politik dahintersteckt.

Wo hat der Artikel recht?

Nirgends. Ausser bei der Feststellung, dass soziale Organisationen mehrheitlich von Leuten aus der SP geleitet werden. Das liegt daran, dass Bürgerliche die Direktionen gar nicht erst übernehmen wollen, was wohl für die ganze Schweiz gilt.

In der Weltwoche stand auch, dass die Hälfte der Dossiers fehlerhaft sei. Der Journalist belegt dies mit einer Untersuchung der parlamentarischen Rechnungsprüfungskommission aus dem Jahr 2013.

«Niemand will verantwortlich sein, wenn etwas schief läuft – weder das Parlament noch der Stadtrat. Am Ende ist trotzdem immer der Stadtrat schuld.»

Es ist von fehlenden Belegen die Rede und von solchen, die sich nicht zuordnen lassen. Alles Lüge?

Dieses Thema wurde ausführlich im Parlament behandelt. Ich möchte an dieser Stelle nicht mehr darauf eingehen, es ist erledigt.

Wird dem Stadtrat zu oft der Schwarze Peter zugeschoben?

Niemand will verantwortlich sein, wenn etwas schief läuft – weder das Parlament noch der Stadtrat. Am Ende ist trotzdem immer der Stadtrat schuld. Als zum Beispiel die blauen Parkzonen ausgedehnt wurden, wurde Kritik an unserer Entscheidung laut. Dabei hatte ja das Parlament das Geschäft abgesegnet. Eigentlich beträgt die Entschädigung für das Stadtrats-Mandat nur 10 000 Franken, die restlichen 50 000 sind die «A... loch-vergütung» (lacht).

Wo dürfte die Oltner Politik sich verbessern? Wo harzt es im Betrieb?

Politik wird von Parteien gemacht. Der Widerspruch innerhalb dieser, ja, innerhalb der ganzen Politik, ist, dass du dich an einem Tag für eine Sache, am nächsten Tag gegen sie aussprichst. Mit diesen Rahmenbedingungen umzugehen, muss man lernen, sie gehören dazu. Es wäre anmassend von mir, aufzuzeigen, was geändert werden müsste. Im Nationalrat sitzen Vertreter der Krankenkassen, des Bauernverbandes und anderer Interessengruppen. Auch in Olten gibt es Lobbyismus. Es sitzen zum Beispiel Vertreter von So-



zialfirmen, von Baugeschäften und von Zulieferern im Gemeindepapament.

Haben Sie es als Politiker geschafft, unabhängig zu bleiben und sich nicht für die Interessen anderer einspannen zu lassen?

Als Stadtrat vertritt man in erster Linie seine Direktion. Unabhängig davon denke ich, dass es mir gelungen ist, zu jedem Geschäft meine eigene Meinung zu bilden und zu äussern. Manchmal habe ich schon gedacht: Wenn ich das jetzt nicht durchgehen lasse, kommt er oder sie mir bei meinem Geschäft auch nicht entgegen. Schlussendlich hatte ich aber keine Gewissheit, keine Garantie, was die anderen Stadträte stimmen. Auch diesbezüglich musste ich meine Erfahrungen sammeln und meine Lehren ziehen. Kompromisse bin ich immer seltener eingegangen. Entweder ich konnte überzeugen, oder eben nicht.

Was liesse sich im Stadtrat konkret verbessern?

In der Direktion Präsidium ist zu vieles angesiedelt: Kultur, Verkehr, Wirtschaftsförderung, jetzt auch noch die öffentliche Sicherheit und so weiter. Dadurch verzettelt sich das Amt des Stadtpräsidenten in jede Richtung. Er weiss zwar über sehr vieles Bescheid, aber nicht im Detail, hat zwar den Überblick, aber sieht nicht, was sich hinter den Kulissen abspielt. Es wäre sinnvoll, den Vize-Präsidenten stärker einzubinden und

«Lange hielt ich am Lokführerjob fest, und es wäre für mich nicht in Frage gekommen, ihn aufzugeben. Es gefiel mir, in verschiedene Rollen zu schlüpfen.»

sein Pensum auf 50% zu erhöhen. Dann könnte er weitere Aufgaben übernehmen, zum Beispiel den öffentlichen Verkehr. Dieser Schritt könnte aber wiederum unguete Gefühle bei den verbleibenden Stadträten auslösen. Aufgrund der ak-

tuellen Konzentration der Macht im Präsidium müsste man meiner Meinung nach jedoch einen Ausgleich schaffen können. Eine Fokussierung ist zwingend notwendig.

Nach acht Jahren im Stadtrat signalisierten Sie erstmals Interesse am Stadtpräsidium. Was reizte Sie daran?

Das Präsidium wäre die logische Fortsetzung meiner politischen Karriere gewesen. Das Amt hätte mir die Möglichkeiten gegeben, mich weiterzuentwickeln und meine Erfahrung vermehrt einzubringen. Ein Vollzeitpensum wäre ein grosser Schritt gewesen. Lange hielt ich am Lokführerjob fest, und es wäre für mich nicht in Frage gekommen, ihn aufzugeben. Es gefiel mir, in verschiedene Rollen zu schlüpfen. Ging ich ins Stadthaus, zog ich Hemd und Kittel an. Als Lokführer trage ich normalerweise die SBB-Uniform – heute betreibe ich also Etikettenschwindel (fasst sich ans Revers und lacht). Schon alleine durch die Kleidung liessen sich die beiden Aufgaben gut voneinander trennen und dank den Arbeitszeiten gut miteinander vereinbaren. Sowohl als Stadtrat als auch als Lokführer schaut du immer nach vorne und reagierst situativ darauf, was die Zukunft bringt.

Das haben Sie dann auch getan: Nachdem Sie Ernst Zingg bei der Wahl um das Stadtpräsidium knapp



unterlagen, kandidierten Sie für den Kantonsrat und wurden prompt gewählt. Welche Ziele verfolgten Sie im Kanton?

Nach acht Jahren im Stadtrat und einer gewissen Routine hatte ich das Gefühl, dass ich genügend freie Kapazität habe, um mich daneben auch im Kanton einzubringen, gerade bei sozialen Themen. Ich war nicht immer einverstanden mit der Gesetzgebung, weil sie teilweise ein negatives Anreizsystem schafft (zögert). Das Sozialamt soll Empfängern helfen, möglichst schnell wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Wird die finanzielle Unterstützung zum Beispiel mittels Kinderergänzungsleistungen abgedeckt, fällt jedoch die Beratung weg. Es besteht die Gefahr, dass keine weiteren Anstrengungen unternommen werden. Als ich diese Problematik im Kantonsrat ansprach, merkte ich schnell, dass ich mich besser in anderen Gebieten einbringe. Als städtischer Sozialdirektor den kantonalen Sozialdirektor direkt anzugreifen, ist heikel. Das führt zu nichts, das kann man nicht machen.

Wo haben Sie sich stattdessen eingebracht?

Daraufhin habe ich mich unter anderem für den öffentlichen Verkehr stark gemacht.

Als Sie 2001, nach vier Jahren im Gemeindeparlament, als Stadtrat kandidierten, plädierten Sie für eine offene Kommunikation. In einem Porträt des

Oltner Tagblatts werden Sie mit der Aussage zitiert, dass «Arbeitsaufwand häufig reduziert werden könnte, wenn man mehr miteinander reden würde». Ist dies immer noch Ihre Meinung?

Ja, davon bin ich nach wie vor überzeugt. Wichtig ist, dass die richtigen Leute zur richtigen Zeit miteinander sprechen. Das ist immer noch der einfachste Weg, um Lösungen zu finden. Das ist es auch, was ich bereits vermisse: in einer Gruppe, im Gremium diskutieren und eine Strategie entwickeln.

Wo möchten Sie das in Zukunft tun?

Seit Kurzem bin ich im Bürgerrat von Olten tätig. Im Vergleich zur Einwohnergemeinde, zu Parlament und Stadtrat, lässt sich in diesem Gremium aber nur wenig bewegen. Ich liebäugle mit einem Verwaltungsratsmandat. Mehr möchte ich zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht verraten.

Wie geht es weiter? Was sind Ihre nächsten Schritte?

Ich übe den Lokführerberuf nach wie vor gerne aus. Er gibt mir Freiheiten und Selbstständigkeit, gleichzeitig ist er meine Rückfallebene. Mein Arbeitspensum kann ich bei Bedarf wieder erhöhen.

Können Sie sich ein Leben ohne Politik vorstellen?

Es geht sicher auch ohne, keine Frage.

Peter Schafer (SP) beendete im Juli nach 16 Jahren seine politische Karriere als Oltner Stadtrat. Unter seiner Leitung wurde das Sozialwesen neu organisiert, indem die Sozialregionen die Gemeinden als Verwaltungseinheit ablösten. Während seiner Amtszeit liess sich Schafer zwei Mal als Kandidat für das Oltner Stadtpräsidium aufstellen. 2009 trennten ihn nur wenige Stimmen vom damals amtierenden Stadtpräsidenten Ernst Zingg. 2013 versäumte es die SP-Parteilitung seine Anmeldung fristgerecht einzureichen. Der heute 54-Jährige war auch im Oltner Gemeindeparlament (1997-2001) und im Kantonsrat (2009-2015) tätig. Beim Nationalrat steht er aktuell als zweiter Ersatzkandidat auf der Liste und hat die Aussicht darauf, nachzurücken. Seit kurzem ist er Mitglied des Oltner Bürgerrats. Darüber hinaus engagiert er sich für diverse Organisationen, u.a. als Präsident des Busbetriebs Olten Gösgen Gäu AG (BOGG), der Genossenschaft Soziale Wohnbauaktion Olten und der Procap Kanton Solothurn. Aufgewachsen in Olten, absolvierte Schafer nach der Schule eine Lehre als Elektromechaniker in der SBB HW Olten und liess sich später zum Lokomotivführer ausbilden. Während seiner gesamten politischen Karriere arbeitete er in einem Teilzeitpensum für die SBB.